absolut zwecklos sei. Wenn ich nun für meine Person wenig oder gar nichts von der Tarifgemeinschaft halte, so muß ich dennoch sagen, daß ein Abschluß derselben sich für die Gehilfen bei den seit dem letzten Streik andauernden schlechten Verhältnissen als notwendig erwiesen hat. Eine Kraftprobe, den Tarif ohne die Prinzipale einzuführen, wäre, meiner Ansicht nach, zu unsern Ungunsten ausgefallen, abgesehen davon, daß viele Streiter zu sehen gewesen wären, die nicht da waren, die aber 1891 in den vordersten Reihen standen.

Sagen wir es offen heraus: bei praktischer Bethätigung einer vernunftgemäßen Vereinspolitik können hohle Phrasen nicht in Betracht kommen; wir müssen uns nach den Verhältnissen richten, wie sie sind, und nicht wie sie sein könnten. Manches wird einzelnen Verbandsmitgliedern unerklärlich bleiben, was im Wesen des Ganzen seine naturgemäße Erklärung findet. Viele sind der Ansicht, daß die Gehilfenvertreter bei den Tarifabmachungen zu viel Nachgiebigkeit gezeigt hätten, ohne zu bedenken, daß mehr zu erreichen vorab nicht möglich war, und daß die Gehilfenvertreter durch das Zustandekommen der Tarifgemeinschaft den deutschen Buchdruckergehilfen einen großen Dienst erwiesen haben. Hoffentlich kommt noch die Zeit, wo wir die Tarifgemeinschaft nicht mehr nötig haben und uns ganz auf die eigne Kraft verlassen können.

Was nun die Ausschlüsse anlangt, so bin ich der Ansicht, daß der Ausschluß nur dann zu vollziehen ist, wenn er durch das Statut bedingt wird; andere Rücksichten sollten dabei nicht in Betracht kommen. In dem Augenblick aber, wo ein Mitglied glaubt, sich außerhalb des Statuts setzen zu können, gebietet es die Pflicht der Selbsterhaltung, solche Elemente abzustoßen. Jedes Mitglied muß wissen, daß ein Gewerkverein keine Kinderstube ist, wo jedes Kind seine eigne Melodei singen darf. Ob im vorliegenden Falle dies zutrifft, das kann ich hier — nachdem schon so viel darüber geschrieben worden ist — ununtersucht lassen.

Viel wurde in der letzten Zeit pro und contra Döblin geschrieben; ich halte ein solches Beginnen für müßig; es liegt doch einzig und allein in der Hand der Mitglieder, diejenigen in den Verbandsvorstand zu wählen, die erstens befähigt sind, ihr Amt auszufüllen, und zweitens ehrlich und rechtschaffen sind, sonach das Vertrauen ihrer Wähler besitzen. Ob nun der Verbandsvorsitzende Döblin, Schulze oder Müller heißt, thut gar nichts zur Sache, wenn er nur den oben gekennzeichneten Anforderungen gerecht wird; da man Döblin das Gegenteil nicht nachweisen kann und er im Interesse der Allgemeinheit thätig ist, so verstehe ich die Gehässigkeit nicht, welche ihm von verschiedenen Seiten entgegengebracht wird. Irren ist menschlich und Fehler haben alle Menschenkinder. Ich hätte es auch gewünscht, daß Döblin gegen Gasch nicht klagbar geworden wäre, wenngleich ich begreife, was es bedeuten soll, wenn einem Arbeiterführer der schwere Vorwurf gemacht wird, er sei ein „Polizeispitzel". Ursachen und Wirkungen erwägen, heißt ins menschliche Herz eindringen. Ein Mann, der sich keiner Schuld bewußt ist, wird durch solche Anschuldigungen doppelt schwer getroffen.

Aber das schleichende Mißtrauen hat in unseren Reihen Eingang gefunden, und so sehen wir allenthalben, wie Vereinsfunktionäre, die zwanzig Jahre und noch länger selbstlos arbeiteten, deren Ehrenhaftigkeit und Kollegialität über jeden Zweifel erhaben sind, mit Schmutz beworfen werden, weil ihnen der Verband mehr gilt als das Unterfangen einiger Heißsporne, die da glauben, durch leere Redensarten das ewige Reich heraufbeschwören zu können. Wem soll da noch Schaffensfreudigkeit beseelen, wenn er in Betracht zieht, daß es ihm über kurz oder lang so ergehen könnte wie jenen Braven, die der Organisation ihre ganze Kraft ein Menschenalter hindurch geweiht haben. Von allen Untugenden ist die der Undankbarkeit die schwerste.

Der Verband hat schwerere Krisen durchgemacht als die gegenwärtige; er wird auch darüber hinwegkommen, zumal die Ereignisse in Rheinland-Westfalen Denjenigen Recht geben, welche an dem Zustandekommen der Tarifgemeinschaft gearbeitet haben. Was seit Bestehen des Verbandes, geordnete Tarifverhältnisse in Rheinland-Westfalen einzuführen, sich als unmöglich erwies, geht jetzt seiner Verwirklichung entgegen.

Es wäre zu wünschen, daß die letzte Spur der Zwietracht unter den Verbandsmitgliedern verschwinde; je eher dies geschieht, desto besser; was ganz besonders Diejenigen freuen würde, die an dem Verbande kleben wie die Schnecke an ihrem Hause.

Friedenau-Berlin. Max Heßky.

Weil es den Wachtleuten so angenehm ist

wenn wir ihre vertraulichen Zirkulare veröffentlichen (wie Gasch in der letzten Nummer schrieb), so wollen wir ihnen auch heute wieder diese Gefälligkeit erweisen. Nachstehendes autographierte Zirkular ist in je 1 Exemplar an die Vertrauensleute der Opposition hinausgegeben worden. Man hatte diesmal alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um — bescheiden wie die Opposition nun einmal ist — die Mithilfe des Corr. entbehren zu können, worüber wir uns beinahe gekränkt fühlen könnten. Den Verbreitern der B.-W. an den einzelnen Orten — wie Frankfurt a. M. usw. — wurde mit dem Paket obenaufliegend das „nur für Gesinnungsgenossen" bestimmte Zirkular übersandt. Wir können aber schadenfroh den Wächtern mitteilen, daß einzelne ehemalige Wachtleute aus ihrer Tasche die zugesandten Nummern bezahlen, bloß um hinter die Schliche und Pläne dieser Gesellschaftsretter kommen zu können. Das nachstehende Zirkular ist wohl der beste Beweis dafür, wie ernst es die unehrliche Opposition mit dem Verbande meint. Es lautet:

„Zur Kenntnis nur der Gesinnungsgenossen. Leipzig, Anfang Dezember 1896. Werter Herr Kollege! Der Ankündigung gemäß teilen wir Ihnen hiermit die Abrechnung der Buchdrucker-Wacht pro 3. Quartal mit. Dasselbe umfaßt die ersten 7 Nummern. Es ist dazu erläuternd zu bemerken, daß die Einnahmen gegen die fortlaufenden späteren Abonnementsgebühren durch den Verkauf von Einzelnummern ein wenig höher war. Ferner gewinnt die Abrechnung dadurch ein günstiges Bild, daß die Redaktion im ersten Quartale keine Kosten verursachte. Belastet wurde dieses erste Quartal dagegen durch eine Anzahl für die Folgezeit nicht wieder benötigter Drucksachen, Inserate, Porti-Ausgaben und Mehrdruck. Jetzt im letzten Monate des 4. Quartals zeigt die Buchdrucker-Wacht einen Stand von 2050 Abonnenten. Die Einnahmen unter Zuhilfenahme des Preßfonds werden die gesamten Ausgaben, sofern nicht nennenswerte Verluste eintreten, gerade decken. Die Tarifgemeinschaftsgegner können mit Stolz auf dieses Resultat blicken. Die Buchdrucker-Wacht wird in nicht allzu langer Zeit, wenn erst die augenblickliche schwarze Reaktion überwunden, einen glänzenden Aufschwung nehmen, denn die Anschauungen der Opposition werden je länger desto mehr durch die Vorkommnisse im Buchdruckerleben vollauf bestätigt.

Wir bitten Sie daher, für das neue Quartal sofort eine flotte Agitation zu eröffnen und bemerken dabei, daß sich die Bezugsbedingungen durch die Expedition von Neujahr ab wie folgt stellen: pro Exemplar à 7 Pf. sowie Rückerstattung des Portos; von 6 Exemplaren 1 Frei-Exemplar, auf 20 Exemplare 2 und für jede weitere 10 Exemplare 1 Frei-Exemplar mehr.

Abrechnung der Buchdrucker-Wacht für 3. Quartal 1896.

Einnahmen.		Ausgaben.	
Abonnements	Mk. 1092,94	Druck und Papier	Mk. 949,85
Inserate . . .	„ 25,57	Porti	„ 227,85
Preßfonds .	„ 63,29	Expedition . . .	„ 94,45
Außenstände	„ 126,74	Diverses	„ 25,60
		Vortr. a. d. 4. Qu.	„ 10,79
	Mk. 1308,54		Mk. 1308,54

Das Preß- und Agitations-Komitee. J. A.: Alfred Kunath, Kassierer. Revidiert und richtig befunden: Emil Huth. Fritz Fuhr."

Herr Gasch erklärte freiwillig vor dem hiesigen Landgerichte, sich in Zukunft eines sachlichen Meinungsaustausches zu befleißigen. Jedenfalls glaubte er im stillen das erst dann nötig zu haben, wenn „die augenblickliche schwarze Reaktion überwunden" sein wird, d. h. wenn es mit den bekannten Mitteln der B.-W. gelungen, die unliebsamen Personen zu beseitigen, welche bestrebt sind, den Verband mit seinem bisherigen, durch dreißig Jahre hindurch bewährten Programm zu erhalten und an die Stelle des Verbandes eine Organisation zu setzen, welche unter der bombastischen Firma „Kampfverein" von jenen Phrasen zehrt, welche sich sehr schön anhören, aber sonst keinen Zweck haben. Nichts als Komödie! Im großen und ganzen ist die ganze Abrechnung, wie wir schon früher äußerten, nur dazu bestimmt, die Dummen in der Provinz als Mittel zum Zwecke zu gebrauchen. 10 Mk. 79 Pf. sollen als Vortrag auf das 4. Quartal gekommen sein! Diese Unwahrheit muß doch das autographierte Papier erröten machen. Die B.-W. hat rund 1000 bezahlte Abonnenten, die darüber hinaus in die Provinz gesandten Exemplare sind Vertriebsmaterial, das entweder verschleudert wird oder in einer dumpfen Ecke dem Ende der ganzen Komödie entgegenstinkt. Die Abonnements-Einnahmen sollen angeblich 1092 Mk. 94 Pf. betragen. Dabei wird im Zirkular angegeben, daß erst im letzten Monate des 4. Quartals die Zahl der Abonnenten 2050 „erreicht" habe. Die Zahl war also im 3. Quartale nach den Angaben des Zirkulars bedeutend geringer — und trotzdem 1092,94 Mk.? — Nun, die Geschäftsleitung kann das Exemplar nach Abzug aller Spesen usw. nur mit 6 Pf. berechnen (sie selbst berechnet es ohne Frei-Exemplare mit 7 Pf.), macht also bei 2050 Abonnenten 123 Mk. und für 7 Nummern (wie angegeben) 861 Mk. und nicht 1092 Mk. Wir haben dabei mit den eignen aktenkundigen Fälschungen und Lügen des „vertraulichen" Zirkulars gerechnet, thatsächlich waren aber die Abonnements-Einnahmen im 3. Quartale nicht 1092 Mk., sondern 420 Mk. Die „Außenstände" sind nichts als Luft, denn die idealen Streiter der B.-W. machen keine Schulden. Der Preßfonds beträgt im 3. Quartale 63 Mk., ein beschämendes Resultat für 11000 Oppositionsmänner, denn die Hälfte der Verbandsmitglieder soll ja „oppositionell" sein. Wenn die unehrliche Opposition mit diesem „glänzenden Aufschwung" zufrieden ist, wir sind es auch. Aber noch eins: mit „wenn" und „aber" stellt man keine Rechenschaftsberichte zusammen, ihr Todfeinde der Verbandsleitung. Mögt ihr euch zu schanden lügen, ihr könnt den Krach nicht hinwegschwindeln, der seine Krallen nach den Fetzen eurer papiernen Herrlichkeit ausstreckt!

Korrespondenzen.

-lm. **Duisburg**, 14. Dezember. In der am Samstag dem 12. Dezember abgehaltenen neunten Monatsversammlung wurde folgende Resolution mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen: „Die heutige neunte Monatsversammlung der Mitgliedschaft Duisburg erklärt sich mit der vom Gauvorstand ausgeschriebenen Extrasteuer unter Berücksichtigung des geringen Bestandes der Gaukasse einverstanden und erachtet im übrigen die Bezahlung derselben als Ehrensache jedes einzelnen Mitgliedes. Sie richtet jedoch an die übrigen Gaue Deutschlands das Ersuchen, die Bewegung in Rheinland-Westfalen nach Möglichkeit mit finanziellen Mitteln zu unterstützen."

-lm. **Duisburg**, 15. Dezember. Die vierte diesjährige Bezirksversammlung des Bezirks Duisburg fand am Sonntag dem 13. d. M. in Mülheim a. d. Ruhr statt, zu welcher die Mitglieder aus den einzelnen Orten des Bezirks ziemlich zahlreich erschienen waren. Als Gäste waren anwesend Herr Eugen Schoreck-Essen und das Gauvorstandsmitglied Herr Helms-Steele. Um 4½ Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende, Kollege Aug. Schoch, die Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte letzterer mit, daß ein Kollege in Mülheim verstorben sei und ersuchte die Anwesenden, sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen zu erheben. Weiter brachte derselbe zur Kenntnis, daß in Beeck drei Kollegen eine neue Druckerei gegründet hätten, worunter sich der frühere Bezirkskassierer befinde, infolge dessen sei der bisherige Schriftführer zum provisorischen Kassierer eingesetzt und für letztern ein neuer Schriftführer gewählt. Unter Punkt 1 der Tagesordnung, Geschäftliches, verlas der Vorsitzende das Zirkular des Gauvorstandes, betreffend die vom Gauvorstand ausgeschriebene Extrasteuer. Daran knüpfte sich eine längere Debatte, in welcher sich sämtliche Redner dahin aussprachen, daß es Pflicht der Kollegen sei, die Extrasteuer zu bezahlen, die ablehnende Haltung einzelner Mitgliedschaften des Gaues verurteilend. Ein Kollege aus Ruhrort bemerkte noch, daß schon vor Eintritt in die Bewegung von jedem Mitgliede 50 Pf. freiwillig an die dortige Ortskasse gezahlt worden seien. Aus der Mitte der Versammlung lief dann folgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Bezirksversammlung des Bezirks Duisburg hält es für die Pflicht und die Ehrensache eines jeden Mitgliedes, die vom Gauvorstande festgesetzte Extrasteuer zu zahlen und verurteilt das Vorgehen einzelner Mitgliedschaften des Gaues entschieden, gegen die Zahlung derselben Propaganda zu machen." Unter Punkt 2, Kassenbericht pro drittes Quartal 1896, erstattete der Kassierer den Rechenschaftsbericht. Durch Erheben von den Plätzen wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Von seiten des letztern wurde noch auf das Restantenunwesen aufmerksam gemacht und die Kollegen ersucht, ihre Beiträge pünktlicher zu entrichten. Bei Punkt 3, Bericht aus den Mitgliedschaften über die Einführung des neuen Tarifs, führte der Vorsitzende an, daß im Bezirksvororte vier Druckereien den 1896er Tarif teils schriftlich, teils dem Personale gegenüber anerkannt hätten. Herr Schoreck-Essen ergriff dann gegen Schluß der Versammlung noch das Wort; er schilderte unsre Lage und erstattete u. a. einen kurzen Bericht über die Verhandlungen des Kreises II (Prinzipals-Verein) in Düsseldorf betreffs des Sondertarifs und empfahl den Kollegen, die Stimmzettel zu den Gehilfenvertreterwahlen vollständig zu ignorieren. Herr Helms-Steele unterzog die Flugblätter der Prinzipale einer scharfen Kritik und verurteilte die Schreibweise der B.-W. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Duisburg gewählt.

Gießen, 17. Dezember. Die am Sonntag dem 13. d. M. im Vereinslokale Stadt Kassel abgehaltene diesjährige Bezirksversammlung zeigte erfreulicherweise einen bessern Besuch als die voraufgegangenen. Vertreten waren die Orte Grünberg durch zwei, Bad Nauheim und Wetzlar durch je einen Kollegen. — Nach Verlesung der Protokolle der vorjährigen und der letzten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die tariflichen Verhältnisse unsers Bezirks, wonach bis jetzt nur zwei Druckereien den Tarif schriftlich anerkannt haben, während eine Druckerei (Hollmannsche) ihrem Personale mündlich denselben zwar zugesichert, aber insoweit nicht eingehalten hat, als sie einen Neuengagierten mit 20 Mk. entlohnt. — Die Druckerei Münchow zahlt den Neueintretenden den Tarif, doch ist die Arbeitszeit daselbst infolge der Unentschlossenheit der beteiligten Kollegen noch eine zehnstündige. — Die Krebssche Druckerei vertröstete den dortigen Kollegen mit der Einführung des Tarifs bis zu einem bessern Geschäftsgang. — In der Provinz verspürt man von dem neuen Tarif überhaupt wenig. Nur in Bad Nauheim hat die Druckerei P. Muth ihrem Personale gegenüber den Tarif zugestanden, während in einer andern dortigen „Offizin" Söhne, Töchter und andere Verwandte mitschaffen". — In Grünberg stehen zwei Mitglieder zu 19 Mk. bei elfstündiger Arbeitszeit. Noch schlechtere Verhältnisse hat Wetzlar aufzuweisen. — Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht der drei ersten Quartale. — Bei Punkt 2, Geldbewilligungen betr., entspann sich eine rege Debatte. Nach Bekanntgabe eines Zirkulars des Gauvorstandes Rheinland-Westfalens seitens des Vorsitzenden, welches ein Bild über die Lage der Kollegen Rheinland-Westfalens entwirft und schließlich eine Unterstützung derselben empfiehlt, wurde von einer Seite auf die „in Berlin lagernde Million" verwiesen und die Inanspruch-

nahme der Gau- und Bezirkskassen verworfen. (S. Bekanntmachung an der Spitze dieser Nummer. Red.) Der gestellte Antrag, für die Kollegen Rheinland-Westfalens 25 Mk. als erste Rate zu bewilligen, wurde darauf mit geringer Mehrheit angenommen. — Für die in Hamburg streikenden Hafenarbeiter wurden 50 Mk. bewilligt. — Punkt 3, Erhebung der Bezirkssteuer. Durch die in letzter Zeit sich häufenden größeren Ausgaben für Unterstützungszwecke ist die anfangs dieses Jahres abgeschaffte Bezirkssteuer wieder notwendig geworden. Ein Antrag, dieselbe auf 10 Pf. pro Woche zu bemessen, wurde nach kurzer Diskussion angenommen. — Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen neu- resp. wiedergewählt: Georg Gemmecker, Vorsitzender; Otto Ettel, Kassierer; Armin Böttger, Schriftführer; Emil Ulrich und Jean Feußner, Revisoren. — Unter Punkt „Verschiedenes“ veranlaßte eine heftige persönliche Auseinandersetzung die gewaltsame Schließung der Versammlung, weshalb wir diese Debatte hier vollständig übergehen wollen. Leider hatten es einige Mitglieder wieder vorgezogen, in dieser Versammlung durch Abwesenheit zu glänzen. Die gefaßten Beschlüsse werden aber, alter Gewohnheit gemäß, am Kasten einer scharfen Kritik unterzogen, anstatt in den Versammlungen die Meinung frei und frank zum Ausdrucke zu bringen.

Köthen. Nach einem Bericht in Nr. 136 des Corr. ist hier der neue Tarif außer bei der Firma Schettlers Erben in allen anderen Druckereien eingeführt. Dem ist nicht so. Die Firma Paul Dünnhaupt, welche denselben schriftlich anerkannt hat, hat für die Setzer außer der verkürzten Arbeitszeit auch die tarifmäßige Bezahlung eingeführt; nur die Maschinenmeister befinden sich nicht in dem Genusse der Arbeitszeitverkürzung. Die Firma August Preuß gewährte ebenfalls die Verkürzung der Arbeitszeit und allen Setzern 50 Pfg. Aufbesserung; auch bei dieser Firma ist den Maschinenmeistern keine Verkürzung der Arbeitszeit gewährt, jedoch erhalten sie dafür Ueberstundenbezahlung, was bei Dünnhaupt nicht stattfindet. Die Firma Lud. Schwarz läßt nach dem neuen Tarif arbeiten, jedoch erkennt dieselbe den Tarif nicht schriftlich an. Demzufolge wurde der Vorstand hiesiger Mitgliedschaft bei dem genannten Prinzipale vorstellig, erhielt jedoch den Bescheid, daß er (Prinzipal) dem Vorstande gegenüber die Erklärung abgebe, den Tarif einzuhalten, aber die schriftliche Anerkennung könne er, trotz der angeführten Vorteile, nicht geben. Die Firma Schumann & Grabo hatte angeblich noch keine Zuschickung des neuen Tarifs erhalten (?) und konnte daher dem Vorstande, welcher vorstellig wurde, auch keine zusagende Antwort geben, will aber, wenn sie im Besitze der Tarife und der event. Zirkulare sei, mit dem Vorstande sich verständigen. — So ist das Bild der Tarifeinführung am hiesigen Orte doch ein andres als das in Nr. 136 geschilderte. In sämtlichen Offizinen, außer der am Eingange genannten Schettlerschen, werden Verbandsmitglieder beschäftigt und geduldet; ein Verdecktstehen ist in denselben nicht nötig. In der Schettlerschen Druckerei erhielten, wie schon früher einmal mitgeteilt wurde, die ältesten und jüngsten Kollegen eine Zulage von 1 Mk. pro Woche, die anderen gingen leer aus; eine Verkürzung der Arbeitszeit ist den Kollegen dieser Offizin nicht zu Teil geworden. Trotzdem die Firma im Besitze der Tarife, hat sie denselben nicht eingeführt. Zum Schlusse wollen wir noch mitteilen, daß nicht, wie im vorigen Berichte, welcher nicht von der Vorstandschaft ausging, mitgeteilt wurde: 25 Gehilfen und 16 Lehrlinge, sondern 30 Gehilfen und 15 Lehrlinge dortselbst beschäftigt werden, was allerdings auch nicht viel an dem ungesunden Verhältnis ändert. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß wir in unserm demnächstigen Jahresbericht ein erfreulicheres Bild von der Einführung des neuen Tarifs am hiesigen Orte geben können, damit auch wir sagen dürfen, unsere Bemühungen, die Vorteile des neuen Tarifs allen Kollegen am hiesigen Orte zuzuführen, sind mit Erfolg gekrönt.

Krefeld, 16. Dezember. Am Sonntag dem 13. d. M. fand hierselbst abermals eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Tarifeinführung in Rheinland-Westfalen“. Trotz des für hiesige Verhältnisse günstigen Versammlungstages hatten es wieder außer den Verbandsmitgliedern nur 17 unorganisierte Kollegen für nötig gefunden, die Versammlung zu besuchen. Es ist dies ein beredtes Zeugnis dafür, wie sehr den hiesigen Nichtmitgliedern das Wohl und Wehe ihres Gewerbes am Herzen liegt. Der Vorsitzende, Kollege Offermanns, schilderte in eingehender Weise die gegenwärtige Lage in Rheinland-Westfalen. Kollege Hohns sen. beleuchtete den rheinisch-westfälischen Sondertarif und wies auf einen offenen Brief in Nr. 53 der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker hin, welcher hierauf vom Vorsitzenden verlesen wurde. Alsdann machte ein Kollege der Versammlung bekannt, daß in der Niederrh. Volkszeitung die Wahl eines Vertreters zum rheinischen Sondertarife bereits vollzogen sei. Herr Kramer, welcher bekanntlich in Düsseldorf bei Gelegenheit der Prinzipalsversammlung des Kreises II dem Sondertarife so sehr das Wort geredet, hat es für gut gefunden, seine eignen Gehilfen über die ganze Tarifmache im Dunkeln zu lassen; gewiß der schlagendste Beweis, wie ernst es diesem Prinzipale mit der Einführung des von ihm in Düsseldorf so viel gepriesenen Tarifs ist. Im weitern Verlaufe nahm Herr Weber seinen Prinzipal, Herrn Otto, gegen eine diesem in Nr. 142 des Corr. unter der Rubrik Rundschau unterschobene Aeußerung in Schutz. Redner erklärte bestimmt, daß sein Prinzipal, der Herr Otto, die in Frage kommende Aeußerung nicht gethan habe. Sollte Herr Otto es also doch mit seinem Gewissen vereinbaren können, den jüngeren Gehilfen einen anständigen Lohn in die Hände zu geben, so ist es um so unbegreiflicher, wie in der Offizin des genannten Herrn zwanzigjährige Gehilfen mit 14 und 15 Mk. entlohnt werden können. Von der Versammlung wurde folgende Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, sich an der von der Sektion II des D. B. V. inszenierten Wahl von Gehilfenvertretern behufs Schaffung und Einführung des Sondertarifs nicht zu beteiligen; sie bedauert die Sonderstellung, welche ein Teil der rheinisch-westfälischen Prinzipale einnimmt, und ist entschlossen, nach besten Kräften die Einführung des Deutschen Buchdruckertarifs zu fördern und für denselben einzutreten. — Gleichzeitig beauftragt die Versammlung das Büreau, im Sinne der Bekanntmachung des D. B. V. bei den städtischen Behörden dahin vorstellig zu werden, die städtischen Drucksachen nur tariftreuen Geschäften zu übertragen.“ Nachdem der Vorsitzende den anwesenden Nichtmitgliedern die dringende Bitte ans Herz gelegt, sich doch dem Verband anzuschließen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Landau (Pfalz), 18. Dezember. Die in dem Artikel in Nr. 142 des Corr. enthaltene Notiz über die Verhältnisse in Bergzabern ist dahin zu berichtigen, daß in diesem Orte die Arbeitszeit vor kurzem, und zwar auf gütlichem Weg, um eine Stunde herabgesetzt wurde, also jetzt zehn Stunden beträgt. Weiter muß es in demselben Artikel zweimal „Annweiler“ statt „Auweiler“ heißen.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Drucksachen. Ein uns vorliegendes Zirkular der Buchdruckerei von Fr. Sömmering in Marburg a. d. Lahn findet unsern vollen Beifall. Die einfache und noble Ausstattung, die gute Schriftenwahl und der saubere Druck machen der Firma Ehre und unterstützen die empfehlenden Worte des Zirkulars in bester Weise. Vom Männergesangverein Typographia in München liegt uns ein Programm und eine Karte zum zwanzigsten Stiftungsfeste vor. Beide Arbeiten sind schöne Leistungen der Firma Seitz & Schauer in München. Das Programm in Quart ist besonders hervorzuheben, namentlich was den Umschlag betrifft. Man wählte zu demselben bläulich getöntes Papier und nahm zum Rande die fünffarbige Palmetteneinfassung von Schelter & Gleseke mit grünem Fond und der weitern Farbenstimmung rot, braun und gold mit schwarzer Kontur. Der Text auf dem Titel und den einliegenden Blättern ist mit viel Verständnis arrangiert. Auch die Karte ist bei ihrer Herstellung in guten Händen gewesen und hat uns recht gefallen.

Dem Schriftsetzer Heinr. Becker aus Saalfeld, der s. Z. wegen „Unlusterregung am Dienste vor versammelter Mannschaft“, welches Vergehen er sich drei Tage vor seiner Entlassung vom Militär in Mainz zu schulden kommen ließ, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist ein Jahr der Strafe erlassen worden. B. wird sonach am 7. Februar 1897 in die Freiheit zurückkehren.

Presse und Litteratur.

Ueber die „Freiheit“ der Presse zur Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung haben bekanntlich unsere Staatsanwälte und Richter manchmal sehr eigentümliche Anschauungen, die der Laienverstand vielfach nicht zu teilen vermag. In dieser Beziehung hat sich schon seit längerer Zeit die Erfurter Amts- resp. Staatsanwaltschaft besonders hervorgethan. Diese im Justizleben so wichtigen Faktoren haben es nicht nur fertig gebracht, daß die dortselbst erscheinende Thür. Tribüne bei Streiknotizen den Zusatz: Vor Zuzug wird gewarnt! in Wegfall bringen muß, sondern sie haben schon den Satz: „Die betreffenden Kollegen werden wissen, was sie zu thun haben“ als staatsgefährlich gehalten. Ja am 14. d. wurde sogar von der Strafkammer ein schöffengerichtliches freisprechendes Urteil, das es als zulässig erachtete, die Bekanntgabe der Sperre einer Schuhfabrik zu publizieren, aufgehoben. Die Berufungsinstanz hat es als eine Beunruhigung weiterer Kreise erklärt, daß diese Notiz mit der Ueberschrift: „Achtung, Schuhmacher!“ versehen und außerdem in fetter Schrift erschienen war.

Der Süddeutsche Postillon hat den Fürsten Bismarck beleidigt. Da die früher beliebten Strafanträge des Genannten mit dem Amt aufgehört haben, so konnte der Redakteur Fuchs in München nicht wegen Beleidigung angeklagt und von dem Geschwornengerichte darüber befunden werden, wohl aber erfolgte eine Klage wegen groben Unfugs und das Schöffengericht erkannte auf die höchste Strafe: 6 Wochen Haft.

Wegen Zeugnisverweigerung wurde der Redakteur der Königsberger Hartungschen Zeitung zu 150 Mark verurteilt. Man will von ihm wissen, woher er einen nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Kommandanturbefehl hat, der in der genannten Zeitung veröffentlicht wurde.

Oeffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Die Nachweise der Berufsgenossenschaften weisen auch für das Jahr 1895 eine Zunahme der Unfälle auf. Die Zahl aller Verletzten in den versicherungspflichtigen Betrieben betrug danach 310139, davon waren 6448 tot, 1706 dauernd völlig erwerbsunfähig, 41052 teilweise dauernd erwerbsunfähig und 26321 vorübergehend erwerbsunfähig. Von den 310139 Unfällen fielen 243612 den Krankenkassen zur Last, da die Erwerbsunfähigkeit weniger als 13 Wochen betrug. Die hohe Unfallziffer beweist, daß noch vieles faul im Staate Deutschland ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß noch nicht alle Betriebe versicherungspflichtig sind, so das Handwerk, das Handelsgewerbe, der Gesindedienst.

Der Verbrauch an Bier (zuzüglich der Einfuhr und abzüglich der Ausfuhr) betrug im Jahr 1895/96 im Brausteuergebiete 39,7 Mill. Hektoliter oder 97,1 Liter auf den Kopf, in Bayern 13,6 Mill. Hektoliter oder 235,8 Liter auf den Kopf, Württemberg 3,9 Mill. Hektoliter oder 188,9 Liter auf den Kopf, Baden 1,9 Mill. Hektoliter oder 110,5 Liter auf den Kopf und Elsaß-Lothringen 1,3 Mill. Hektoliter oder 78,8 Liter auf den Kopf. An Bierabgaben wurden erhoben im Brausteuergebiete 34,6 Mill. Mark (= 0,85 Mk. pro Kopf), in Bayern 33,8 (= 5,85 Mk. pro Kopf), in Württemberg 9,2 (4,41 Mk.), Baden 6,2 (3,53 Mk.) und Elsaß-Lothringen 3,2 Mill. Mark (1,95 Mk.).

In Hannover wird es mit dem projektierten städtischen Arbeitsnachweise nichts. Gründe: Weil von 24 Unternehmern im Gewerbegerichte 17 dagegen sind und weil der Magistrat das von den Arbeitervertretern und einem Teile der Unternehmervertreter ausgearbeitete Statut unannehmbar findet.

Die gemeldete Arbeitseinstellung in einer Hefenfabrik in Leipzig gibt den Leipziger Neuesten Nachrichten Anlaß, die Beteiligten zu tadeln, daß sie sich „einen schönen Weihnachtsverdienst“, nämlich den Tagelohn von 2,80 Mk., durch ihr Streiken entgehen ließen. Den Herren, welche solchen Unsinn schreiben resp. veröffentlichen, müßte zur Strafe dafür ihr Tagelohn auf 2,80 Mk. herabgesetzt werden!

Ueber die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter in Frankreich teilt das Office du Travail Erhebungen mit, die sich auf 174864 Arbeiter und Beamte einschließlich 19000 weiblichen Geschlechtes erstreckten. Letztere versehen meist den Dienst von Barrierenwärtern und verdienen neben freier Wohnung 16 bis 40 Fr. monatlich. Bei dem männlichen Personal ist zwischen Stunden- und Stücklohn zu unterscheiden, soweit nicht Monatsgehalt besteht. Bei den ersteren schwankt der Lohn zwischen 25 und 55 Cent. pro Stunde. Von 138587 männlichen Bahnbedensteten erhalten 71273 Monatsgehalt und zwar: 22573 einen solchen von 86 bis 110, 17592: 111 bis 135, 11038: 136 bis 165 Fr. Etwa 10000 Personen beziehen Monatslöhne unter, 8500 über den angegebenen Sätzen. Etwa der dritte Teil dieser Angestellten hat freie Dienstwohnung. Von den 67314 in Stunden-, Tag- oder Stücklohn arbeitenden Bediensteten verdienen bei einer täglichen Arbeitszeit von 9 bis 12 Stunden die Mehrzahl (etwa 24000) pro Stunde 0,350, je 13000 0,351 bis 0,550 Fr., 9000 Personen beziehen unter, 8500 über diesen Sätzen; über 1,50 Fr. nur 25.

Eine Tabelle des offiziellen Gemeindeorgans in Paris weist nach, daß für 1280 Stellen in städtischen Diensten, welche durchschnittlich jährlich, zum größten Teile nur durch Militäranwärter besetzt werden, 64627 Bewerber vorgemerkt sind und für Stellen, wo diese Bedingung wegfällt und nur ein Alter von 35 Jahren verlangt wird, noch weit mehr, so für 8 Schreiberstellen im Versatzamte 2003 und für 10 Beamtenstellen 2205.

Eine vom Arbeitskommissar C. D. Wright aus den Ergebnissen des Zensus von 1890 aufgestellte Statistik der Arbeitslosen ergab, daß in den Vereinigten Staaten Nordamerikas von 22735661 erwerbsthätigen Personen 3523730 zeitweise beschäftigungslos waren: 1818865 1 bis 3, 1368418 4 bis 6 und 336447 7 bis 12 Monate lang. Danach sind 1139672 Personen = 5,01 Proz. der erwerbsthätigen Bevölkerung das ganze Jahr ohne Beschäftigung gewesen. Es wird angenommen, daß diese Zahl seit 1890 erheblich zugenommen hat.

Vereine, Kassen usw.

Im Kampfe gegen die Konsumvereine wurde in Sachsen neben der Umsatzsteuer auch das Mittel beliebt, die Militärvereinler aus den Konsumvereinen herauszudrängeln. Infolge dessen sind bis jetzt 22 Vereine aus dem sächsischen Militärvereinsbunde, der jene Aufgabe übernommen hat, ausgetreten.

Der Präfekt in Genua ließ sämtliche sozialistische Vereinigungen Liguriens wie die Arbeitskammern von Genua und Sampierdarena auflösen als Fortsetzung des 1894 auf grund des damaligen Ausnahmegesetzes aufgelösten Sozialistenbundes. Es betrifft dies 46 Vereine mit etwa 1600 Mitgliedern. Auch das Redaktionslokal des sozialistischen Blattes Eva Nuova wurde polizeilich geschlossen.

Arbeiterbewegung.

Vom Hafenarbeiterstreik in Hamburg-Altona ist nachzutragen, daß eine Deputation von Kleingewerbtreibenden beim Senator (Polizeichef) Hachmann vorstellig wurde, der Senat möge etwas zur Beilegung der Differenzen thun. Die Antwort lautete, der Senat könne und dürfe nicht eingreifen, da er hierzu kein Recht habe. Er müsse sich darauf beschränken, den Kampf zu überwachen und dafür zu sorgen, daß durch den Zuzug fremder Arbeiter der Gesundheitszustand der Stadt nicht gefährdet werde, es seien deshalb Anstalten getroffen, daß die ankommenden Fremden ordnungsgemäß gemeldet werden und unter polizeilicher Bewachung blieben. Inzwischen sind die Haussammlungen verboten worden (der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat dieses Verbot auf seinen ganzen Verwaltungsbereich ausgedehnt) und